

Fraktion direkt

CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag



Thema der Woche

Wir packen die Zukunftsaufgaben an

Integration ist eine zentrale Herausforderung

Deutschland steht hervorragend da. Die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosenzahlen sinken. Auch dank der Politik der Union ist unser Land gut aus der Krise gekommen. Nun gilt es, unserem Land eine gute Zukunft zu sichern. Vor einigen Wochen habe ich mir einen Eindruck



Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

von der wirtschaftlichen Dynamik Südostasiens verschafft. Deutschland muss keine Sorge haben, in diesem Wettbewerb nicht bestehen zu können. Nur müssen wir uns anstrengen wie in der Vergangenheit.

Die Sicherung unserer Energieversorgung ist dabei eine zentrale Aufgabe. Nachdem SPD und Grüne auch auf diesem Feld rein ideologisch vorgegangen sind, hat die christlich-liberale Koalition nun ein bahnbrechendes Konzept zur Energieversorgung der Zukunft vorgelegt. Mit ihm wird ein realistischer Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien beschrieben. Die längeren Laufzeiten der Kernkraftwerke haben dabei nur eine Hilfsfunktion. Sie verschaffen uns mehr Zeit für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Ferner stehen nun dafür auch mehr Gelder zur Verfügung.

Die Wind- und Sonnenenergie werden so tatsächlich in absehbarer Zukunft die Hauptlast unserer Energieversorgung übernehmen können. Das hätten SPD und Grüne nie hinbekommen.

Zur Sicherung der Zukunft gehört auch die Haushaltssanierung. Wir haben in dieser Woche im Bundestag darüber gesprochen. Auch hier versagen Rot und Grün wie jetzt in Nordrhein-Westfalen zu sehen ist, wo beide - kaum dass sie an der Regierung sind, die Verschuldung des Landes wieder nach oben treiben. Wir handeln dagegen verantwortlich. SPD und Grüne überbieten sich in Polemik.

Zum Erhalt der Kraft unseres Landes müssen wir auch die Bemühungen zur Integration weiter verstärken. Es gilt, allen Bevölkerungsschichten Perspektiven zu verschaffen.

„Es gibt Grenzen der Toleranz.“

Als Christen sind wir verpflichtet, uns jedes Menschen anzunehmen. Wir machen Angebote. Sie müssen aber auch angenommen werden. Jeder muss auch die Ordnung des Grundgesetzes als den für uns alle verbindlichen Wertemaßstab anerkennen. Es gibt auch Grenzen der Toleranz.

Integration ist eine Daueraufgabe. Die CDU und CSU haben sich dieser immer gestellt. Die Fraktion hat 2007 ein Konzept vorgelegt. Dies muss nun weiterentwickelt werden. Markige Worte allein helfen nicht, genauso wenig wie rot-grüne Fantastereien über eine multikulturelle Gesellschaft. Wir sind aufgefordert zu handeln.

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Inhalt

| | |
|---|----|
| Wir packen die Zukunftsaufgaben an | 1 |
| Energiekonzept setzt Maßstäbe | 2 |
| Merkel: Wir haben Grund zur Zuversicht | 3 |
| Bundeswehr optimal auf Herausforderungen der Zukunft vorbereiten | 4 |
| Mehr Effizienz und Flexibilität für besseren Zugang zum Arbeitsmarkt | 4 |
| Brücke in das Zeitalter der erneuerbaren Energien | 5 |
| Die Fraktion zu Basel III, zum Euro-Raum und zur HRE | 6 |
| Konsolidierung in schwierigen Zeiten | 7 |
| Südostasien bietet Chancen für Deutschland | 8 |
| Diskutieren, Rudern, Angeln - Die Unionsfraktion beim Tag der Ein- und Ausblicke im Bundestag | 10 |
| Die Junge Gruppe | 11 |
| Veranstaltung | 12 |
| Letzte Seite | 13 |

Impressum

Herausgeber
Peter Altmaier MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantwortl.)

Telefon (030) 227 53015
Telefax (030) 227 56660
pressestelle@cducsu.de

Kommentar

Energiekonzept setzt Maßstäbe

Laufzeitverlängerung ermöglicht Zukunft mit erneuerbaren Energien

Das von der Regierungskoalition beschlossene Energiekonzept macht Deutschland zu einer der energieeffizientesten und klimafreundlichsten Volkswirtschaften der Welt. Wir haben mit dem Energiekonzept den unumkehrbaren Einstieg in die Vollversorgung mit erneuerbaren Energien beschlossen und setzen Maßstäbe bei der Energieeffizienz. Unser Ziel ist es, bis zum Jahr 2050 die erneuerbaren Energien grundlastfähig zu machen. Dann werden wir auch einen echten Energiemarkt haben, der privaten Verbrauchern und Wirtschaft bezahlbare, wettbewerbsfähige Energiepreise bieten und mit ihnen unser hohes Wohlstandsniveau erhalten wird.

Um diese Ziele zu erreichen, haben wir die Laufzeiten der deutschen Kernkraftwerke maßvoll um durchschnittlich zwölf Jahre verlängert. Das ist volkswirtschaftlich und hinsichtlich der Klimaziele geboten. Die Verlängerung ist ohne Zustimmung des Bundesrats möglich.

Bis 2050 wird die Windenergie eine entscheidende Rolle in der Stromversorgung bekommen, weshalb die Windkraftkapazitäten vor allem offshore massiv ausgebaut werden. Wir werden vorher mit Haushaltsmitteln und sehr viel Geld der Stromkonzerne die Stromnetze ausbauen sowie die Erforschung und Entwicklung von Speicherkapazitäten fördern.

Die geplante Brennelementesteuer ist für einen befristeten Zeitraum ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung; nach sechs Jahren wird sie aber in vollem Umfang in den Förderfonds für erneuerbare Energien fließen. Wie kohärent das Energiekonzept ist, wird schon am Haushaltsentwurf 2011 deutlich, der eine deutliche Erhöhung der Ausgaben für die Endlagersuche und die Endlagersanierung auf fast eine halbe Milliarde Euro vorsieht. Darüber hinaus stehen ab 2013 pro Jahr rund drei Milliarden Euro zur Förderung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz zur Verfügung. Dabei handelt es sich

vor allem um die zu erwartenden Zusatzzerlöse aus dem Emissionshandel. Zusätzlich wird es einen sogenannten Effizienzfonds in Höhe von 500 Millionen Euro geben, von dem Bürger, klei-



Peter Altmaier
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

ne und mittlere Unternehmen sowie Kommunen profitieren werden.

Schließlich der Atomvertrag zwischen Bundesregierung und Kernkraftwerksbetreibern: Es gibt in ihm überhaupt keine Obergrenze für Investitionen in die Sicherheit, im Gegenteil: Es wird eine weitere Vorsorge gesetzlich definiert. Geregelt ist in dem Vertrag nur, dass Investitionen in diese höheren Sicherheitsauflagen die Beiträge in den Fonds für erneuerbare Energien vermindern. Sofern Sicherheitsinvestitionen höher als 500 Millionen Euro ausfallen, vermindern sich die Gewinne der Kraftwerksbetreiber stärker als bislang unterstellt und werden dann im zusätzlichen Umfang auch nicht abgeschöpft werden. Fazit: Die vertragliche Regelung ist eben keine „Deckelung der betrieblichen Investitionen in die Sicherheit“, wie von der Opposition behauptet, sondern vielmehr eine Deckelung der Gewinnabschöpfung zugunsten der Investitionen in die nukleare Sicherheit.

Merkel: Wir haben Grund zur Zuversicht

Kauder: Die soziale Sicherheit unseres Landes muss erwirtschaftet werden

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat einen „Herbst der Entscheidungen für wichtige Weichenstellungen“ in Deutschland angekündigt. In der Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2011 am Mittwoch warf sie der Opposition vor, sie betreibe eine rück-



Bundeskanzlerin Angela Merkel

wärtsgewandte Politik. Die christlich-liberale Koalition dagegen habe das Land vorangebracht. Deutschland sei wieder die „Wachstumslokomotive“ in Europa.

In den vergangenen Monaten haben Union und FDP nach den Worten Merkels eine Kreditklemme verhindert, die Lohnzusatzkosten stabil gehalten, die Konjunkturprogramme vorangebracht und das Kindergeld erhöht. Zwei Jahre nach dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers in den Vereinigten Staaten habe Deutschland ein großes Stück des Weges zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise ge-

schaft. „Wir haben Grund zur Zuversicht“, stellte Merkel fest. Der Arbeitsmarkt habe sich in der Krise robust gezeigt, die Arbeitslosigkeit sei wieder auf rund drei Millionen gesunken. „Ob zwei Millionen Menschen weniger arbeitslos sind oder nicht, das ist eine zentrale Frage der Gerechtigkeit in unserem Land“, hob die Kanzlerin hervor.

In einer kämpferischen Rede setzte sich die Bundeskanzlerin für die Zeit bis 2020 ehrgeizige Ziele: die Rückführung der Schulden, die Verwirklichung des Energiekonzepts, die Gesundheits- und Bundeswehrreform sowie die Sicherung der Sozialsysteme. Mit dem Bundeshaushalt, den die Bundesregierung in den Bundestag eingebracht hat, werde der Weg solider Finanzen beschritten. „Nicht einzelne haben über die Verhältnisse gelebt. Die Politik hat in den vergangenen Jahren nicht die Kraft aufgebracht, für die Zukunft Vorsorge zu tragen“, betonte Merkel.

Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder sagte: „Es geht in dieser globalisierten Zeit darum, die Wirtschaft

voranzubringen.“ Die Bundesrepublik Deutschland stehe in einem Wettbewerb, in dem ihr nichts geschenkt werde. „Die Auseinandersetzung in der Globalisierung kennt keine Pause“, betonte Kauder. Die soziale Sicherheit des Landes müsse erwirtschaftet werden. „Die wird einem nicht geschenkt.“

Mit der Opposition sei eine Weiterentwicklung des Landes nicht möglich, mit ihr gehe es immer nur zurück in die Vergangenheit. Als Beispiel nannte Kauder die Proteste gegen den neuen Stuttgarter Hauptbahnhof, Stuttgart 21. Bei diesem Projekt gehe es um eine moderne europäische Verkehrsperspektive, nicht nur um einen Bahnhof. Würde der Neubau verhindert, würde die notwendige Modernisierung der Infrastruktur verhindert.

Kauder hob die Integration als Schwerpunkt der christlich-liberalen Koalition hervor. Mit Union und FDP habe Integrationspolitik in Deutschland überhaupt erst begonnen. „Wir versuchen alle mit hinein zunehmen in diese Gesellschaft“, sagte der Fraktionsvorsitzende.



Fraktionsvorsitzender Volker Kauder

Bundeswehr optimal auf Herausforderungen der Zukunft vorbereiten

Afghanistan bleibt beherrschende Aufgabe

Der vorliegende Entwurf für den Verteidigungshaushalt mit 31,5 Milliarden Euro im nächsten Jahr ist Ausdruck solcher Haushaltspolitik. Der Plafond liegt ungefähr auf dem Niveau des Vorjahres. Angesichts der enormen Kosten für die Bewältigung der Weltwirtschaftskrise leistet auch das Verteidigungsministerium seinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. Dass sich die Einsparungen im moderaten Rahmen bewegen, ist einer vernünftigen politischen Einschätzung und richtigen Prioritätensetzung zu verdanken. Die herausragende Verantwortung, die unsere Bundeswehr im In- und Ausland für die Sicherheit Deutschlands trägt, lässt eine Verteidigungspolitik nach Kassenlage niemals zu. Es ist Konsens in der CDU/CSU, dass die finanzielle Ausstattung der Truppe den hohen Ansprüchen deutscher Verteidigungspolitik entsprechen muss. Der vorliegende

Es ist Konsens in der CDU/CSU, dass die finanzielle Ausstattung der Truppe den hohen Ansprüchen deutscher Verteidigungspolitik entsprechen muss.

Haushaltsentwurf ist Ausdruck dieses Einvernehmens.

Der Einsatz in Afghanistan bleibt für die nächsten Jahre die beherrschende Aufgabe für die Bundeswehr. Was der Sicherheit unserer Soldaten im Auslandseinsatz dient, muss daher in Angriff genommen werden. Hier verläuft bei allen Sparüberlegungen die rote Linie.

Die Bundeswehr steht zudem vor einer tiefgreifenden Reform. Diese ist dringend notwendig, um die Streitkräfte auf die Herausforderungen der Zukunft optimal vorzubereiten. Für die Angehörigen der Bundeswehr sind diese Zeiten der Veränderung eine besondere Herausforderung. Sie haben daher zu Recht den Anspruch, in jeglicher Weise von der Politik unterstützt zu werden. Eine reformierte Bundeswehr muss von Beginn an auf soliden finanziellen Beinen stehen.

Mehr Effizienz und Flexibilität für besseren Zugang zum Arbeitsmarkt

In der christlich-liberalen Koalition setzen wir uns dafür ein, dass möglichst jeder Mensch sein Leben durch eigene Arbeit gestalten kann. Dort, wo dies nicht möglich ist, ist die Solidarität in der Gesellschaft für uns selbstverständlich, allerdings nicht als Dauereinrichtung sondern mit dem Ziel, den Menschen zu helfen, eine Arbeit zu finden - möglichst auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Für den Bereich Arbeit und Soziales sieht der Bundeshaushalt 2011 rund 131,8 Milliarden Euro vor. Das sind rund 11,4 Milliarden Euro weniger als für das Jahr 2010. Möglich werden diese erheblichen Einsparungen zum einen durch die sehr positive Wirtschaftsentwicklung, die sinkende Zahl an Arbeitslosen und mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Zum andern entfalten Effizienzsteigerungen in unserer Arbeitsmarktpolitik ihre positive Wirkung.

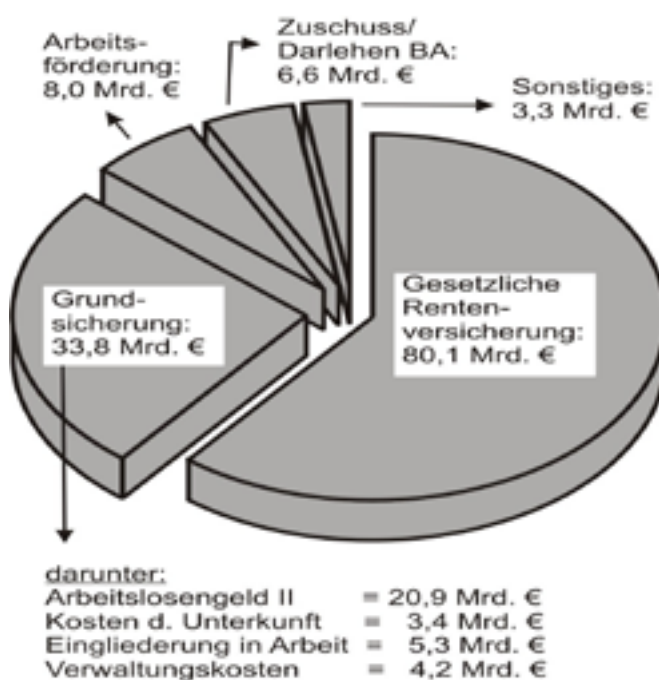
Trotz geringerer Ausgaben gibt es für ALG II-Empfänger keine Einbußen beim Leistungsniveau. Die Zeiten von ALG II-Bezug werden weiterhin als Anrechnungszeiten in der Rentenversicherung berücksichtigt. Erworbene Ansprüche auf Erwerbsminderungsrenten und Leistungen der Rehabilitationsträger bleiben erhalten.

Schrittweise profitieren die ALG II-Empfänger von unseren zielgerichteteren und flexibleren Eingliederungsmaßnahmen sowie von der bei der Jobcenter-Reform vereinbarten Verbesserung des Betreuungsschlüssels, vor allem für junge Arbeitssuchende.

Bei all unseren Maßnahmen wird deutlich: der Schwerpunkt des christlich-liberalen Sozialhaushalts ist es, Men-

schen in Arbeit zu bringen und gleichzeitig einen Beitrag zur erforderlichen Haushaltskonsolidierung zu leisten.

Haushaltsentwurf 2011: Arbeit und Soziales:



Brücke in das Zeitalter der erneuerbaren Energien

Wettbewerbsfähige Preise - Klimaschutzziele einhalten

Deutschland soll in Zukunft eine der energieeffizientesten und umweltschonendsten Volkswirtschaften der Welt werden. Dabei sollen wettbewerbsfähige Energiepreise und ein hohes Wohlstandsniveau erhalten bleiben. Das ist der Kern des Energiekonzeptes, welches das Kabinett am 28. September beschließen wird. Es enthält zahlreiche konkrete Einzelmaßnahmen, die die Umsetzung garantieren.

Ein hohes Maß an Versorgungssi-



cherheit, ein wirksamer Klima- und Umweltschutz sowie eine wirtschaftlich tragfähige Energieversorgung sind Voraussetzungen, dass Deutschland auch langfristig ein wettbewerbsfähiger Industriestandort bleibt. Das Energiekonzept wird erstmalig den Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien bis 2050 beschreiben und so die Grundlage für die Umsetzung unserer Klimaschutzziele schaffen. Ein solches Konzept ist weltweit einmalig, insbesondere auch im Hinblick auf den Ausbau der erneuerbaren Energien.

Eine nachhaltige Energie- und Klimapolitik erfordert in den nächsten Jahren erhebliche Modernisierungsinvestitionen. Wir brauchen innovative Technologien bei der Erzeugung, Speicherung, Verteilung und Nutzung von Energie, damit wir unsere Ziele wirtschaftlich, umweltschonend und sicher erreichen können. Dafür werden ab 2011 zusätzliche Mittel bereitgestellt, die mittelfristig auf bis zu 2,5 Milliarden Euro aufwachsen. Sie

werden unter anderem für erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Forschung und nationalen Klimaschutz eingesetzt werden. Grundlage der Finanzierung sind insbesondere die Mehreinnahmen aus der Abschöpfung von Zusatzgewinnen, die sich aus der Laufzeitverlängerung für die 17 deutschen Kernkraftwerke ergeben, sowie ab 2013 Mehreinnahmen aus der Versteigerung der CO₂-Emissionszertifikate.

Laufzeiten im Schnitt um zwölf Jahre verlängern

Die Laufzeit der Kernkraftwerke wird um durchschnittlich zwölf Jahre verlängert. Die Verlängerung wird nach dem Beginn des kommerziellen Leistungsbetriebs der Anlagen differenziert: Bei Kraftwerken mit Beginn des Leistungsbetriebs bis einschließlich 1980 wird die Laufzeit um acht Jahre verlängert, bei den jüngeren Anlagen um 14 Jahre.

Die Kernenergie hat im Strommix Deutschlands eine Brückenfunktion. Sie erleichtert den Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien durch strompreisdämpfende Wirkungen, eine mittelfristige Eindämmung der Stromimporte und eine Absenkung der Treibhausgas-Emissionen. Die Laufzeitverlängerung wird keine nachteiligen Wirkungen auf den Wettbewerb im Energiesektor zur Folge haben, zumal die neue Kernbrennstoffsteuer von 2011 bis 2016 und weitere Zahlungen der vier KKW-

Betreiber von 2017 bis zum Ende der Laufzeitverlängerungen den überwiegenden Teil der Zusatzgewinne abschöpfen. Damit wird einer wirtschaftlichen Besserstellung der KKW-Betreiber durch die Laufzeitverlängerung vorgebeugt.

Sicherheitsanforderungen erhöht

Darüber hinaus werden die Anforderungen an die Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke erweitert und auf technisch höchstem Niveau fortgeschrieben. Über die bereits nach dem geltenden Gesetz erforderliche Vorsorge gegen Schäden durch den Betrieb einer Anlage hinaus wird eine weitere Vorsorge gegen Risiken eingeführt und gesetzlich festgeschrieben.

Die Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke als Brücke eröffnet auch die Möglichkeit, die Finanzierung in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu verstärken. Dazu wird – zusätzlich zur Kernbrennstoffsteuer – eine vertragliche Vereinbarung mit den Betreibern der deutschen KKW über die hälftige Abschöpfung der Zusatzgewinne aus der Laufzeitverlängerung getroffen. Hierbei leisten die Betreiber in den Jahren 2011 und 2012 Zahlungen in einer Höhe von bis zu 300 Millionen Euro jährlich, in den Jahren 2013 bis 2016 bis zu 200 Millionen Euro jährlich. Nach Auslaufen der Kernbrennstoffsteuer ab 2017 entwickeln sich die Zahlungsverpflichtungen entsprechend den zusätzlichen Strommengen aus der Laufzeitverlängerung.



Die Fraktion zu Basel III, zum Euro-Raum und zur HRE

Nationale und internationale Regulierungsmaßnahmen beginnen zu greifen

Der Fraktionsvorstand diskutierte auf seiner Klausurtagung in der letzten Woche mit Jürgen Stark, Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank, die möglichen Auswirkungen des sogenannten Basel-III-Abkommens auf den deutschen Bankensektor und über die aktuelle Lage der Euro-Zone. Der Fraktionsvorstand ist zu folgenden Einschätzungen gekommen:

Zu Basel III:

Da die Finanzmärkte nicht national agieren, sondern global, bedarf es auch einer weltweiten Abstimmung der Regulierungsmaßnahmen. Dieser Abstimmungsprozess zieht sich ein ums andere Mal recht lange hin. Gerade in den letzten Wochen sind wir aber große Schritte vorangekommen. Notenbanken und Bankenaufsicher aus den wichtigsten 27 Ländern haben am vergangenen Sonntag in Basel härtere Kapital- und Liquiditätsvorschriften beschlossen, mit denen sich die Finanzbranche besser für Krisen wappnen können soll.

Das Basel-III-Abkommen zieht die richtigen Schlüsse aus der Finanzmarktkrise. Die Banken müssen sich weltweit in den nächsten Jahren auf deutlich strengere Regeln einstellen. Wir setzen dem Finanzmarkt mit den verschärften Eigenkapital- und Liquiditätsregeln klare Schranken. Mit Übergangsfristen ermöglichen wir dem Bankenmarkt, sich schrittweise auf die neuen Anforderungen einzustellen.

Gerade für die kleinen und mittleren Banken in Deutschland sind diese Zeiträume von großer Bedeutung. Sparkassen und Volksbanken werden so nicht über Gebühr belastet, eine Kreditklemme kann vermieden werden. Für den heimischen Bankenmarkt von großer Bedeutung sind die Verhandlungserfolge bei stillen Einlagen, einem deutschen Spezifikum. Die

im Privatkundengeschäft dominierenden Sparkassen, Raiffeisen- und Volksbanken sowie jene Landesbanken, die keine Aktiengesellschaften sind, haben bis 2023 Zeit, ihre speziellen, meist fest verzinsten Formen von Eigenkapital zu ersetzen. Anders als bei Basel II müssen wir jetzt anpassen, dass die Regeln auch international konsequent eingeführt werden, dass also die USA oder andere nicht wieder ausscheren.

Van-Rompuy-Gruppe entgegen: Wir brauchen einen Instrumentenkasten, um Krisen in Zukunft begegnen zu können.

Zur HRE:

Die Entwicklungen auf dem Euro-Markt sind auffällig und haben uns bei der Hypo Real Estate zu einer weiteren Unterstützungsmaßnahme gezwungen. Die Garantien in Höhe von weiteren 40 Milliarden Euro wa-



Zur Euro-Zone:

Inzwischen liegen die Refinanzierungsaufwendungen bei Staatsanleihen von Griechenland, Portugal oder Irland fast wieder auf dem Niveau vom Mai dieses Jahres – einem Zeitpunkt, an dem wir zu den Euro-Stabilisierungsmaßnahmen gezwungen waren. Mit der European Financial Stability Facility (EFSF) unter Leitung des Deutschen Klaus Regling haben wir einen sicheren Rahmen erstellt, der weitere Risiken abfangen kann – sollte dies notwendig werden. Derzeit sehen wir aber noch keine Notwendigkeit, dass die EFSF tatsächlich eingreift. Wichtig ist, dass die betroffenen Euro-Staaten jetzt konsequent einen Konsolidierungskurs fahren und ihre Schulden abbauen. Zudem sehen wir auf europäischer Ebene weiteren Fortschritten bei der

ren die beste Option, um sicherzustellen, dass die Bad Bank der HRE eingerichtet werden kann. Die Nutzung beider Garantierahmen ist nur bis zum 30. September 2010, dem geplanten Stichtag zur Befüllung der Bad Bank, möglich. Infolge der sich wieder ausweitenden Spreads (Differenz zwischen dem besten Kauf- und Verkaufskurs für ein Wertpapier zu einem bestimmten Zeitpunkt) einiger Euro-Staaten, sinkenden Zinsen auf Bundesanleihen und Kursverlusten des Euro gegenüber dem US-Dollar sind Liquiditätsengpässe vor der Abspaltung des zur Übertragung auf die Bad Bank vorgesehenen Portfolios bis zum 30. September 2010 nicht auszuschließen. Zur Minimierung der Risiken ist der erste Garantierahmen vorgesehen. Der zweite soll unvorhersehbare Abwicklungs- und Transferisiken absichern.

Konsolidierung in schwierigen Zeiten

Fraktionsklausur begutachtet Sparpaket – Haushalt, Energie und Bildung auf der Tagesordnung



des Bruttoinlandsprodukts und damit 20 Prozentpunkte über der im Maastricht-Vertrag vorgeschriebenen Grenze. Zwölf Prozent des Bundeshaushalts sind allein durch Zinszahlungen gebunden. Jeder fünfte Euro, der in diesem Jahr ausgegeben wird, ist kreditfinanziert.

Die Bundesregierung hat daher, so auch die Schlussfolgerung der Fraktion, keine andere Wahl als zu sparen. Ihr Zukunftspaket umfasst ein Einsparvolumen von 81,8 Milliarden Euro bis 2014 – eine Summe von historischem Ausmaß. Die Konsolidierungsmaßnahmen sind dabei ausgewogen. Etwa ein Drittel der Einsparungen leistet die Wirtschaft, ein Drittel erbringt der Öffentliche Dienst, und ein Drittel entfällt auf den Sozialetat. Die Einsparungen im Sozialbereich mögen auf den ersten Blick hoch erscheinen, relativieren sich aber deutlich, wenn man in Betracht zieht, dass die Ausgaben für soziale Sicherung 54,5 Prozent des Haushaltes 2010 ausmachen. Zum Vergleich: Im Jahre 2000 betragen sie nur 41,2 Prozent.

Auf seiner Klausurtagung zum Ende der parlamentarischen Sommerpause hat sich der Fraktionsvorstand mit den politischen Herausforderungen in diesem Herbst beschäftigt. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Konsolidierung des Haushalts, das Energiekonzept und die Bildung, aber auch die Reform der Bundeswehr. Darüber werden aber die Parteitage von CDU und CSU in den kommenden beiden Monaten entscheiden.

Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder verwies darauf, dass die Koalition in den vergangenen Wochen mit der Neuregelung zur Sicherungsverwahrung und der Einigung über das Energiekonzept bereits wichtige Fragen gelöst hat. In diesem Sinne werde die Koalition nun auch an die übrigen Aufgaben herangehen.

„Konsolidierung in schwierigen Zeiten“ nannte der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Norbert Barthle, die Aufgabe, für die nächsten Jahre ein Sparpaket zu schnüren. Ziel: Den kommenden Generationen soll wieder mehr finanziellen Spielraum bei der politischen Gestaltung geben werden. Mit dem Verweis auf

„schwierige Zeiten“ werde der Tatsache Rechnung getragen, dass die Wirtschaft zwar bereits wieder auf einem Pfad der Erholung, die globale Krise aber noch nicht gänzlich überstanden sei, sagte Barthle.

Ohne sinnvolle Alternative sind nach seinen Angaben die Sparanstrengungen nicht nur wegen der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse. Auch die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: So liegt der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte bei fast 80 Prozent



Südostasien bietet Chancen für Deutschland

Volker Kauder zu Besuch in Indonesien, Malaysia und Singapur

Die deutsche Wirtschaft verzeichnet in diesen Monaten einen Exportboom. Dabei profitieren die Unternehmen vor allem von der Nachfrage aus China. Die Ausfuhren sind im ersten Halbjahr 2010 gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr um über 50 Prozent gestiegen.

tiv bescheiden. Zum Vergleich: Nach China lieferten die deutschen Unternehmen Waren und Dienstleistungen in einem Wert von rund 36 Milliarden Euro. Indonesien stellt sich als ein Land im Aufschwung dar. Es ist folgerichtig Mitglied in der Gruppe der 20 (G20), die die großen Volks-

drücklich zur Rechtsstaatlichkeit bekennt.

Beeindruckt hat uns das Land auch deshalb, weil es ein Vorbild für religiöse Toleranz ist. Es ist, gemessen an seiner Einwohnerzahl, das größte muslimische Land der Erde. Es gibt immer wieder Attacken extremistischer Gruppen auf christliche Einrichtungen. Dennoch setzt die Regierung alles daran, dass auch religiöse Minderheiten bestehen können. Der Schutz der Religionsfreiheit ist, wie uns auch im Verfassungsgericht des Landes bestätigt wurde, ein hohes Gut. Auch wegen dieses nicht in allen muslimischen Ländern wiederzufindenden Toleranzgedanken sollte sich Deutschland besonders um einen Ausbau der Beziehungen bemühen.

Dabei können die Politik und die Wirtschaft an alte Verbindungen anknüpfen. Nur müssen wir uns beeilen, damit diese in den kommenden Jahren nicht immer mehr in Vergessenheit geraten. Das sagte uns auch der ehemalige indonesische Präsident Bacharuddin Jusuf Habibie, der Indonesiens Weg zur Demokratie Ende der 90er Jahre geebnet hat. Habibie hat wie viele andere Indonesier seines Alters in Deutschland studiert und ist ein enger Freund Deutschlands geblieben.



Volker Kauder und seine Delegation mit dem ehemaligen indonesischen Präsidenten Jusuf Habibie (4.v.r.)

Dennoch sollte Deutschland beim Blick auf Asien seinen Fokus nicht auf China verengen. Natürlich bleibt der kontinuierliche Ausbau der Beziehungen zum bevölkerungsreichsten Land der Erde eine der Hauptaufgaben deutscher Außen- und Wirtschaftspolitik. Asien muss für uns aber mehr als nur China und Indien sein. Eine Reise in der vergangenen Woche nach Südostasien hat mich darin mehr als bestätigt. Unsere deutsche Asienstrategie muss den Chancen, die die Region bietet, insgesamt gerecht werden.

Gemeinsam mit meinem Stellvertreter Andreas Schockenhoff und dem außenpolitischen Sprecher Philipp Mißfelder haben wir uns dabei insbesondere mit den Perspektiven Indonesiens beschäftigt. Mit seinen rund 240 Millionen Einwohnern ist es das Land mit der viertgrößten Bevölkerung der Welt.

Der deutsche Export dorthin war 2009 mit 1,86 Milliarden Euro rela-

wirtschaften der Welt vereint. Trotz der tiefen weltweiten Wirtschaftskrise wuchs die indonesische Wirtschaft im vergangenen Jahr noch um rund 4,5 Prozent.

Mehr als diese Zahlen bestätigten unsere politischen Gespräche, dass

„Beeindruckt hat uns das Land auch deshalb, weil es ein Vorbild für religiöse Toleranz ist.“

es sich lohnt, Indonesien in jeder Beziehung wieder mehr Beachtung zu schenken. 250 deutsche Firmen sind bereits in Indonesien. Das Land hat sicher noch Probleme, rechtsstaatliche Strukturen, wie wir sie kennen, durchzusetzen. Die Regierung hat diese Defizite aber nach unserem Eindruck erkannt. Präsident Yudhoyono hat sich in unserem Gespräch aus-

Wir müssen uns bemühen, dass es bald wieder neue Habibies gibt - nicht nur in Indonesien, sondern in ganz Südostasien. Nichts stärkt die Bindungen zu Deutschland mehr als ein Studienaufenthalt in unserem Land. Politik und Wirtschaft sollten neue Anstrengungen unternehmen, Deutschland vielleicht noch mehr für ausländische Studenten zu öffnen.

Von den Brücken, die daraus entstehen, könnte Deutschland auf Jahrzehnte profitieren. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich dieses Themas annehmen.

In Malaysia und Singapur, den weiteren Stationen unserer Reise, fanden wir eine andere Situation vor. Hier ist der Lebensstandard der Bevölkerung höher und die wirtschaftliche Entwicklung weiter als in Indonesien.

Unsere Wirtschaft ist dort schon entsprechend aktiver und – ähnlich wie in Indonesien - ganz überwiegend zufrieden mit dem Ertrag ihres Engagements. Notwendig ist, diese Länder mehr in den Dialog mit der EU einzubeziehen. Gerade in Malaysia als einem muslimischen Land muss noch mehr verdeutlicht werden, welche Gefahren von einer iranischen Atombombe ausgehen. Hier gilt es auch, die Christen und die anderen Religionen zu unterstützen, die schon eingeeengt sind. Singapur beeindruckt nicht nur durch seine schon im Stadtbild sichtbare wirtschaftliche Stärke. Singapur ist ein bedeutender Akteur in der Reihe der kleineren und mittleren Staaten. Sein Einfluss sollte nicht unterschätzt werden.

Wenn wir ganz Asien als Chance begreifen wollen, dürfen wir auch Japan nicht vergessen. Dort habe ich bereits im Februar politische Gespräche geführt. Auch in der momentan zweitgrößten Volkswirtschaft der Erde habe ich ein großes Interesse gespürt,



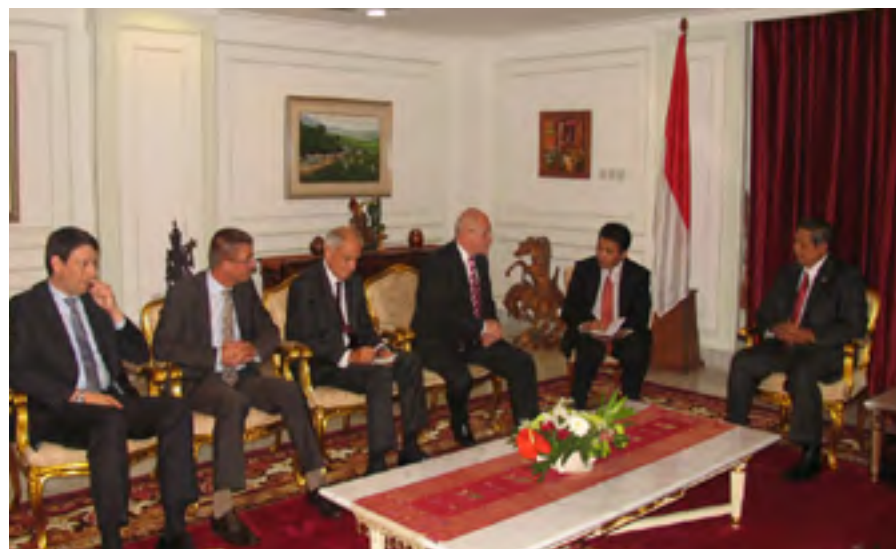
die Beziehungen zu Deutschland auszubauen. Dafür müsste aber nach Jahren der Verhandlungen endlich das Wirtschaftsabkommen zwischen der EU und Japan zustande kommen. Dazu gehört auch, dass Japan sich mehr für ausländische Produkte öffnet.

Deutschland hat nach meinen Eindrücken eine gute Basis, die Beziehungen zu den meisten asiatischen Staaten noch weiter zu verbessern.

Das ist kein schlechter Befund, da Asien für viele als der Kontinent dieses Jahrhunderts gilt.

Volker Kauder

Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Volker Kauder im Gespräch mit dem indonesischen Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono

Stichwort Indonesien:

Indonesien sieht sich als die drittgrößte Demokratie der Welt – nach Indien und den USA. In dem Inselstaat leben mehr als 240 Millionen Menschen. Etwa 88 Prozent der Bevölkerung sind Muslime. Damit ist Indonesien das bevölkerungsreichste muslimische Land der Welt. Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung folgt einer gemäßigten Richtung des Islam.

In der Hauptstadt Jakarta auf der Insel Java leben zehn Millionen Einwohner; im Großraum der Metropole leben etwa 23 Millionen Menschen. 300 Jahre lang war Indonesien niederländische Kolonie. Noch heute sprechen ältere Einwohner niederländisch. In den 60er Jahren übernahm General Suharto die Macht – bis zu seinem Sturz 1998. Präsident Habibie ebnete den Weg Indonesiens in die Demokratie.

Diskutieren, Rudern, Angeln - Die Unionsfraktion beim Tag der Ein- und Ausblicke im Bundestag



nach einer stärkeren Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen.

Als letzte stellte sich die Junge Gruppe mit ihrem Sprecher Marco Wanderwitz vor.

Während die Erwachsenen diskutierten, vergnügten sich die Kinder beim Angeln – einem Geschicklichkeitsspiel, bei dem sie verschiedenartige Fische mit Hilfe einer Magnet-Angel aus einem Schwimmbecken einfangen mussten.

Rund 23.000 Besucher kamen zum Tag der Ein- und Ausblicke in den Bundestag, um einen Blick hinter die Kulissen des Politikeralltags zu werfen. Die CDU/CSU-Fraktion bot auf der Fraktionsebene im Reichstag ein abwechslungsreiches Programm für Jung und Alt mit Debatten, Spiel und Spaß: An zwei Rudergeräten konnten die Besucher ihre Fitness testen und mit Hilfe einer Computersimulation im Wettkampf gegeneinander antreten. Auch der Abgeordnete und ehemalige Turnweltmeister Eberhard Gienger stellte sich der Herausforderung, nachdem er im Podiumsgespräch mit der Parlamentarischen Geschäftsführerin Michaela Noll seinen Quereinstieg in die Politik geschildert hatte.

Die Gruppe der Frauen in der Unionsfraktion stellten Bundestagsvizepräsidentin Gerda Hasselfeldt sowie die Abgeordneten Nadine Schön und Elisabeth Winkelmeier-Becker dem Publikum vor. Sie beschrieben ihre vielfältigen Aufgaben als Parlamentarierinnen und erklärten, warum



der „weibliche Blick“ auf bestimmte Themen auch in der heutigen Zeit noch notwendig sei.

Auf besonderes Interesse stieß die Podiumsdiskussion über Kinderschutz. Stephanie zu Guttenberg stellte die Kinderschutz-Organisation „Innocence in Danger“ vor, deren deutscher Sektion sie vorsteht. Mit den Abgeordneten Dorothee Bär und Thomas Jarzombek diskutierte sie die Gefahren, die Kindern durch uneingeschränkte Internetnutzung droht. Alle waren sich einig in der Forderung



Die CDU/CSU-Fraktion im Internet ➔ www.cducsu.de
 Der Blog der CDU/CSU-Fraktion ➔ blogfraktion.de
 Der Podcast von Volker Kauder ➔ ikauder.cducsu.de
 Fraktion direkt ➔ www.cducsu.de/fd
 (Bitte auf den Pfeil klicken.)



www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducsu



twitter.com/cducsu

Die Junge Gruppe

Für Generationengerechtigkeit - Schuldenbremse konsequenter umsetzen

35 Lebensjahre ist die „magische Grenze“ der Mitgliedschaft in der Jungen Union. Die Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die zur Bundestagswahl diese Schwelle nicht überschritten haben, schließen sich in jeder Legislaturperiode zur Jungen Gruppe zusammen. Der Beitritt ist freiwillig, aber bisher waren alle jungen Unionsabgeordneten auch immer Mitglied der Jungen Gruppe.

Die Junge Gruppe hat ihren Ursprung in der frei gewählten Volkskammer im Frühjahr 1990, wo 19 junge Unionsmandatsträger erstmals eine solche Gruppe bildeten. Mit der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 ist die Junge Gruppe soziologische Gruppe innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion geworden. Erster Vorsitzender war der jetzige Kanzleramtsminister Ronald Pofalla. Seit 2005 ist Marco Wanderwitz Vorsitzender der Jungen Gruppe, seine Stellvertreter in dieser Wahlperiode sind Dr. Reinhard Brandl, Steffen Bilger und Dr. Carsten Linnemann. In dieser Wahlperiode gehören der Gruppe 18 Abgeordnete an. Darüber hinaus hat die Junge Gruppe zwei kooptierte Mitglieder: die Bundesvorsitzenden von JU und RCDS. Die Zusammenarbeit ist traditionell eng und gut. Auch die Vernetzung mit den jüngeren Unionsparlamentariern aus den Ländern und dem Europäischen Parlament ist wichtig und wird alljährlich bei der Netzwerktagung gepflegt.

Die Junge Gruppe trifft sich regelmäßig in den Sitzungswochen. Eine wichtige Grundlage für ihre Arbeit bilden Gespräche mit führenden Vertretern der Fraktion und der Unionsparteien sowie Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Medien.

Das Hauptaugenmerk der politischen Arbeit der Jungen Gruppe liegt auf der Frage, wie man den Herausforderungen einer alternden Gesellschaft begegnen kann. Sie tritt für Generationengerechtigkeit ein, das heißt Gerechtigkeit

zwischen den Generationen, aber auch innerhalb der Generationen. Die Junge Gruppe setzt sich außerdem für nachhaltige und zukunftsorientierte Politik ein - eine Politik, die Verantwortung für die jüngeren und künftigen Generationen zeigt, die jungen Menschen eine verlässliche Lebensplanung ermöglicht und Perspektiven eröffnet. Generationengerechte Politik heißt insbesondere, dass die sozialen Sicherungssysteme den sich verändernden Realitäten so angepasst werden, dass nachfolgende Generationen möglichst zumindest die gleichen Zukunftschancen haben wie die Generationen vor ihnen.

Schuldenabbau auf die Tagesordnung

Wie Reformen unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit ausgestaltet werden sollten, hat die Junge Gruppe der 15. Wahlperiode in ihrem Aufruf „Deutschland - generationengerecht!“ niedergelegt. Vieles davon ist noch immer richtig, leider aber zu wenig umgesetzt. Dass beispielsweise die im Koalitionsvertrag der Großen Koalition der vergangenen Wahlperiode vereinbarte Einführung einer Kapitaldeckungskomponente bei der Pflegeversicherung nicht zustande kam, war ein schwerer Rückschlag.

Seit langem fordert die Junge Gruppe die Einführung einer wirksamen Schuldenbremse. Sie mündete in der 15. und 16. Wahlperiode in die Initiative „Generationengerechtigkeit ins Grundgesetz“ - einer gemeinsamen Initiative jüngerer Abgeordneter von CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen. Die im Zuge der Föderalismusreform II geschaffene Regelung wird unserer Forderung gerecht. Jetzt gilt es, sie mit Leben zu füllen. Angesichts des bestehenden Schuldenbergs fordern wir aber, dass damit nicht Schluss sein darf, sondern auch der Schuldenabbau auf die Tagesordnung muss.



Das „C“ ist für uns Programm

Wir, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sind in unseren politischen Entscheidungen dem christlichen Menschenbild verpflichtet. Seine Werte prägen unser ethisches Bewusstsein. Sie sind uns im parlamentarischen Alltag der Kompass, an dem wir unseren Kurs ausrichten. In einer Reihe von Veranstaltungen wollen wir in den nächsten Monaten auch in einem intensiven Dialog mit den Kirchen ermitteln, welche Schlussfolgerungen wir aus unserem Leitbild für die verschiedenen Politikbereiche ziehen.

Zum Auftakt werden wir uns dem Thema auf einem Kongress am **27. September 2010** im Paul-Löbe-Haus aber zunächst noch einmal grundlegend nähern. Die Fragen liegen auf der Hand: Was macht das christliche Menschenbild aus? Wie strahlt es auf die Politik aus? Welche Leitlinien gibt es für uns etwa in der Familien-, der Sozial- und Umweltpolitik? Wovon sollte sich vor diesem Hintergrund



unsere Außenpolitik leiten lassen? Welche Konsequenzen sind beim Schutz des Lebens zu ziehen?

Wir freuen uns, dass mit dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, und dem amtierenden Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Präses Nikolaus Schneider, die höchsten Repräsentanten der beiden großen christlichen Kirchen zu uns kommen.

Mit ihnen werden auf dem Podium zwei junge Politiker aus unseren Reihen diskutieren: Die stellv. CSU-Generalsekretärin und familienpolitische Sprecherin der Fraktion, Dorothee Bär, und der Vorsitzende der Jungen Union und außenpolitische Sprecher der Fraktion, Philipp Mißfelder. Zu danken ist auch unserer Beauftragten für Kirchen und Religionsgemeinschaften, Dr. Maria Flachsbarth, die die Konzeption der nachfolgenden Veranstaltungen übernommen hat und ebenfalls an der Gesprächsrunde teilnimmt.

Für uns ist das „C“ Programm, wie unsere Veranstaltung überschrieben ist. Dadurch unterscheiden wir uns von allen anderen Parteien.

Programm für den 27. September 2010

11.30 – 12.30 Uhr Empfang

12.30 – 12.50 Uhr Eröffnung

Volker Kauder MdB
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

12.50 – 14.15 Uhr Podiumsdiskussion

Einleitende Worte:
Erzbischof Dr. Robert Zollitsch
Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz
Präses Nikolaus Schneider
Amtierender Vorsitzender des Rates der
Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)

Weitere Teilnehmer:

Dr. Maria Flachsbarth MdB
Beauftragte der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion für Kirchen und
Religionsgemeinschaften

Dorothee Bär MdB
Stellv. Generalsekretärin der CSU und
Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Philipp Mißfelder MdB
Mitglied des Präsidiums der CDU und
außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

Moderation:

Christoph Minhoff
Programmgeschäftsführer des
Dokumentationskanals Phoenix

14.15 – 14.30 Uhr Schlusswort

Dr. Hans-Peter Friedrich MdB
Erster Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion und Vorsitzender der
CSU-Landesgruppe

Ort: Foyer des Paul-Löbe-Hauses,
Deutscher Bundestag

Sie können sich unter www.veranstaltungen.cducusu.de im Internet anmelden und den Kongress per Livestream verfolgen.

Personalien

Die Abgeordnete und verbraucherpolitische Berichterstatlerin Lucia Puttrich aus dem hessischen Wahlkreis Wetterau ist aus dem Bundestag ausgeschieden. Seit dem 31. August ist sie Landesministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in Hessen.



Lucia Puttrich

Für sie rückte der Verteidigungsexperte Bernd Siebert am 1. September über die Landesliste Hessen in den Bundestag nach. Er ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie.



Bernd Siebert



Zeichnung: Stuttmann

Anhaltend hohes Bildungsniveau der Bevölkerung

WIESBADEN – Der Anteil der Menschen zwischen 25 und 64 Jahren mit mindestens einem Abschluss des Sekundarbereichs II (Abitur, Lehrabschluss oder Berufsfachschulabschluss, Fachhochschul- oder Hochschulabschluss) steigt seit 2004 kontinuierlich. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, lag er 2008 wie in den Vorjahren in allen Bundesländern deutlich über dem OECD-Durchschnitt von 72 Prozent. Für Deutschland insgesamt ergab sich ein Wert von 85 Prozent. Im Jahr 2004 hatte er bei 84 Prozent gelegen. Die neuen Länder erreichten 2008 mit Anteilen von 92 Prozent und mehr nach wie vor internationale Spitzenwerte.

Die hohen Werte für Deutschland sind vor allem auf den großen Anteil der Bevölkerung mit Abschluss des Sekundarbereichs II (Abitur, Lehrabschluss oder Berufsfachschulabschluss) zurückzuführen, der 2008 mit 60 Prozent klar über dem OECD-Durchschnitt von 44 Prozent lag. Zum großen Teil ist dies durch das duale Berufsbildungssystem in Deutschland bedingt, das mindestens einen Abschluss des Sekundarbereichs II vermittelt. Die höchsten Anteile verzeichneten die Länder Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen, die geringsten die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg.

Termine

- 27. September 2010 Fraktionskongress „Das C ist für uns Programm - Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“
- 29. September 2010 Symposium der Energiekoordinationsgruppe: „Klima und Energie - Technologien für eine nachhaltige Zukunft“
- 30. September 2010 Fachgespräch zur Stärkung der DDR-Aufarbeitung
- 4. Oktober 2010 Fachtagung Pflege
- 6. Oktober 2010 Kongress Biologische Vielfalt und Klima